



## Zentrum für Europäisches Wirtschaftsrecht

*Center for European Economic Law*

*Centre de Droit Economique Européen*

# Nachrichten aus dem Zentrum

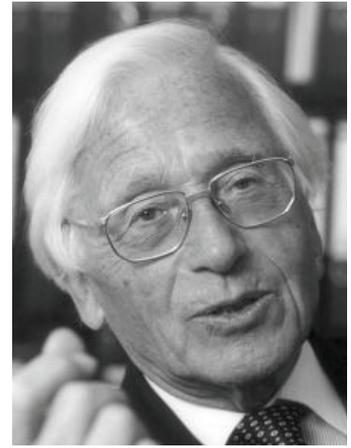
2010 / 2011

Zentrum für Europäisches Wirtschaftsrecht  
Adenauerallee 24—42  
53113 Bonn  
[www.zew.uni-bonn.de](http://www.zew.uni-bonn.de)  
[mail@zew.uni-bonn.de](mailto:mail@zew.uni-bonn.de)

*Foto der Titelseite: Frank Luerweg, Universität Bonn*



Grußworte des Sprechers des  
Zentrums für Europäisches Wirtschaftsrecht



Sehr geehrte Leserin,  
sehr geehrter Leser,

das ZEW kommt in einem neuen Format zu Ihnen. Wir freuen uns, Sie mittels eines Nachrichtenblattes über die Aktivitäten des Zentrums für Europäisches Wirtschaftsrecht sowie über die wissenschaftlichen Tätigkeiten seiner Mitglieder im Bilde halten zu können.

Herzliche Grüße aus Bonn

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Lutter', with a long horizontal stroke extending to the right.

Prof. Dr. Dr.h.c.mult. Marcus Lutter



## Inhalt

I.	Vortragsreihe des Wintersemesters 2010 / 2011	4
II.	Symposium zu den Rechtsfragen des Europäischen Finanzraumes	10
III.	Symposium zu den Grundfragen bei der Fortentwicklung der Europäischen Union	11
IV.	Ausblick auf die kommende Vortragsreihe des Wintersemesters 2011 / 2012	11
V.	Workshop in Kooperation mit der Waseda-Universität, Tokyo	12
VI.	Das akademische Jahr 2010 / 2011 in der Deutschen Rechtsschule Warschau	12
VII.	Forschungsbericht der Zentrumsmitglieder	14

## I. Die Vortragsreihe des Wintersemesters 2010 / 2011

**PROF. DR. LUBOS TICHY**

*Karls-Universität Prag*

### ***Überwindung des Territorialitätsprinzips im Gemeinschaftsrecht***

Luboš Tichý ist Professor an der Juristischen Fakultät der Karls-Universität Prag und dort Direktor des Zentrums für Rechtsvergleichung. Er gehört zu den Pionieren des Europarechts in Tschechien und ist mit der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn in enger Kooperation verbunden.

In seinem Vortrag „Die Überwindung des Territorialitätsprinzips in Europa“ im Rahmen der Vortragsreihe „Rechtsfragen der Europäischen Integration“ des Zentrums für Europäisches Wirtschaftsrecht der Universität Bonn untersucht Professor Tichý die Kooperation der Kartellbehörden der EU-Mitgliedsstaaten nach der Verordnung Nr. 1/2003/EG.

Professor Tichý stellt die europäische verwaltungsverfahrensrechtliche Kooperation im Verhältnis der Mitgliedstaaten untereinander und im Verhältnis der Mitgliedstaaten zur Kommission dar. Ausgehend von den entstandenen unterschiedlichen Formen der horizontalen und vertikalen Verwaltungskooperation beschreibt er die Entwicklung von der Vorstellung eines begrenzten Raums der Verwaltungszuständigkeit hin zu einer weit verstandenen Kooperation, die ein gemeinsames Handeln der Verwaltungsbehörden einschließlich der Kommission umfasst. Insbesondere geht Professor Tichý auf den Europäischen Transnationalen Akt (ETA) ein. Dieser durchbricht das Prinzip der staatlichen Territorialität durch seine transnationalen Wirkungen. Bei einem solchen Ansatz ließe sich eine Parallele zur extraterritorialen Anwendung nationaler Regeln unter dem Völkerrecht ziehen. Nach einer umfassenden Untersuchung der Rechtslage spricht sich Tichý für eine Änderung der Verordnung Nr. 1/2003/EG dahingehend aus, dass die Rechtshandlungen der einzelnen nationalen Wettbewerbsbehörden als Europäischer Transnationaler Akt aufgefasst werden, um ein reibungsloses und effektives Funktionieren des europäischen Kartellrechts zu gewährleisten.

**PROF. DR. MICHEL FROMONT**

*Leiter für vergleichende Rechtslehre Frankreich-Deutschland an der*

*Universität Sorbonne in Paris*

***Souveränität: Ein Vergleich der deutschen und französischen Perspektive***

Michel Fromont, Professor für öffentliches Recht und Leiter des Forschungsbereichs vergleichende Rechtslehre Frankreich-Deutschland an der Universität Sorbonne in Paris, zählt zu den profiliertesten Vertretern der Verfassungsrechtsvergleichung in Europa und ist ein herausragender Kenner des deutschen Staatsrechts.

In seinem Vortrag „Souveränität, Verfassung, Europa: Ein Vergleich der deutschen und französischen Perspektive“ im Rahmen der Vortragsreihe „Rechtsfragen der Europäischen Integration“ des Zentrums für Europäisches Wirtschaftsrecht der Universität Bonn setzt sich Professor Fromont mit dem Souveränitätsbegriff auseinander. Diesen sieht er sowohl in Frankreich als auch in Deutschland durch den Ausbau der EU und anderer internationaler Organisationen grundlegenden Wandlungen unterworfen und relativiert.

Fromont vergleicht den Inhalt der Souveränität Frankreich und Deutschland anhand der Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäischen Union, indem er die Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit völkerrechtlicher Verträge durch die Verfassungsgerichte rechtsvergleichend darstellt. Hierbei treten die ganz unterschiedlichen Herangehensweisen des Bundesverfassungsgerichts und des Conseil constitutionnel deutlich hervor. Der Conseil constitutionnel kann die Verfassungsmäßigkeit eines völkerrechtlichen Vertrags schon überprüfen, bevor der Vertrag dem Parlament vorlegt wird. Hierbei führe eine etwaige Verfassungswidrigkeit in der Regel zu einer Änderung der französischen Verfassung. Demgegenüber neige das BVerfG, das nur die Kompetenz zur Überprüfung des Zustimmungsgesetzes zu dem völkerrechtlichen Vertrag hat, zu einer verfassungskonformen Auslegung. Diese Praxis des BVerfG wird von Fromont kritisch bewertet. Ferner stellt Fromont die Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Rechtsetzungsakte der Europäischen Union durch die Verfassungsgerichte dar. Dabei erkennt er die Parallele einer sorgsam, jedoch sehr vorsichtigen Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der europäischen Rechtsetzungsakte.

**PROF. DR. CHRISTOPH MÖLLERS, LL.M.**

*Humboldt-Universität Berlin*

***Europäisches Volk, Europäisches Parlament, Europäische Agenturen:***

***Gibt es ein Demokratiedefizit ?***

Christoph Möllers, Professor für Öffentliches Recht an der Humboldt Universität Berlin, beschäftigte sich mit den seit langen kontrovers diskutierten Fragen der demokratischen Legitimation für die Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union. Mit Blick auf die weitgreifenden Kompetenzen des Europäischen Parlaments und die Rolle der Europäischen Agenturen zeichnete er ein differenzierte Bild vom viel beklagten "Demokratiedefizit" in Europa.

**PROF. DR. JOACHIM HENNRICHS**

*Universität Köln*

*und*

**PROF. DR. WIENAND SCHRUFF**

*Universität Münster, Wirtschaftsprüfer bei KPMG*

***Stand und Perspektiven des Europäischen Bilanzrechts***

Seit der Verabschiedung der IAS-Verordnung bilden die kapitalmarktorientierten IFRS (International Financial Reporting Standards) einen festen Bestandteil des europäischen (Konzern-)Bilanzrechts. Gleichzeitig legen die EU-Bilanzrichtlinien weiterhin den rechtlichen Rahmen der europäischen Rechnungslegung fest. Einige Mitgliedstaaten haben inzwischen auch den Einzelabschluss auf IFRS umgestellt, andere – wie z.B. Deutschland – verlangen weiterhin die Aufstellung eines Jahresabschlusses nach harmonisiertem nationalem Bilanzrecht (also z.B. nach HGB). Im Mittelpunkt der Veranstaltung am 13.12.2010 stand die Frage der weiteren Entwicklung des europäischen

Bilanzrechts. Aus der Sicht der Wissenschaft zeigte Prof. Dr. *Joachim Hennrichs* (Universität zu Köln) zunächst einige Herausforderungen auf, die sich in der Zukunft bei einer verstärkten Anwendung von „Full-IFRS“ für den Rechtsanwender ergeben werden. Neben der mangelnden Prinzipienorientierung ging er dabei auch auf Demokratiedefizite bei der Weiterentwicklung der Standards ein. Gleichzeitig sprach sich *Hennrichs* dezidiert gegen eine Übernahme der „IFRS für SMEs“ in das europäische Bilanzrecht aus und plädierte stattdessen für eine Reform der europäischen Bilanzrichtlinien „mit Augenmaß“. In seinem Korreferat aus der Sicht der Praxis zeichnete Prof. Dr. *Wienand Schruff* zunächst die jüngsten Entwicklungen im europäischen Bilanzrecht nach und wies dabei auf den steten Bedeutungsverlust der EU-Bilanzrichtlinien hin. Ferner sei das europäische Bilanzrecht längst nicht mehr nur auf Gläubigerschutz durch Ausschüttungsbegrenzung fokussiert. Nach Ansicht von *Schruff* dominiert inzwischen der Anlegerschutz. Die in einigen Punkten durchaus abweichenden Positionen der Referenten bildeten eine sehr gute Grundlage für die anschließende anregende Diskussion mit dem Publikum.

***PROF. DR. JOACHIM ENGLISCH***

*Universität Münster*

### ***Steuervergünstigungen und Beihilfeverbot***

Seit langem ist anerkannt, dass das europäische Beihilfeverbot nicht nur für direkte Subventionen, sondern auch für steuerliche Vergünstigungen gilt. Allerdings gestaltet sich die Abgrenzung zwischen „verbotenen“ Steuersubventionen und „erlaubten“ steuerlichen Ausnahmen im Einzelfall als durchaus schwierig. Ein aktuelles Beispiel hierfür bildet das Verfahren zum deutschen Sanierungsprivileg beim Mantelkauf nach § 8c KStG. In seinem Vortrag am 10.1.2011 zeichnete Prof. Dr. *Joachim Englisch* (Universität Münster) die bisherige Rechtsprechung des EuGH zu Steuervergünstigungen nach und setzte sich eingehend mit den vom EuGH entwickelten Kriterien auseinander. Besondere Schwierigkeiten – so *Englisch* – bereite dabei die Feststellung eines steuerlichen „Vorteils“, weil es insoweit eines Vergleichs mit der steuerlichen „Normalbelastung“ bedürfe. Ob bei diesem Vergleich auch der „innere Aufbau“ der Steuer zu berücksichtigen ist oder ob die steuerentlastende Wirkung einer Norm ausreicht, sei bisher nicht

abschließend geklärt. Die Beantwortung dieser Frage hat darüber hinaus auch Auswirkungen auf das Verhältnis der Merkmale „Vorteil“ und „Selektivität“. Besonders eingehend setzte sich *Englisch* mit verschiedenen Formen einer lediglich „mittelbaren“ und „regionalen Selektivität“ auseinander. Weitere Schwerpunkte des Vortrags bildeten mögliche Rechtfertigungsgründe für steuerliche Beihilfen nach Art. 107 AEUV sowie Fragen des Notifizierungs- und Prüfverfahrens. Die anschließende Diskussion bot Gelegenheit, einzelne Problembereiche – insbesondere mit Blick auf das aktuelle Verfahren zu § 8c KStG – im Gespräch mit dem Referenten zu vertiefen.

***PROF. DR. JOACHIM BORNKAMM***

*Universität Freiburg, Vorsitzender Richter am BGH*

***Bestand und Entwicklungsperspektiven des Europäischen Lauterkeitsrechts - Harmonisierung nur auf dem Papier ?***

*Prof. Joachim Bornkamm, Vorsitzender Richter am I. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs, thematisierte in seinem Vortrag den Stand und die Entwicklungsperspektiven der europäischen Harmonisierung im Lauterkeitsrecht.*

Auszugehen ist von den traditionell unterschiedlichen Schutzkonzepten in Europa. So verfügen viele kontinentaleuropäische Mitgliedstaaten – wie Deutschland und Frankreich – über eine Generalklausel unlauteren Wettbewerbs (bzw. des allgemeinen Deliktsrechts), auf deren Basis sich ein fortgeschrittenes Lauterkeitsrecht entwickeln konnte. Demgegenüber existieren insbesondere im Vereinigten Königreich nur punktuelle lauterkeitsrechtliche Ansätze. Die diesbezügliche Regelung erfolgt hier in weiten Bereichen durch Selbstregulierung sowie durch verbraucherschützende Spezialinstrumente und einzelne Aktionen des *common law*, wie insbesondere die *passing off action*. Dem entsprechen die traditionell in England und Irland besonders liberalen lauterkeitsrechtlichen Standards, denen die traditionell strengeren (in der Vergangenheit teils zweifellos zu strengen) Systeme auf dem Kontinent gegenüberstehen. Im Bereich des materiellen Lauterkeitsrechts ist aber – insbesondere aufgrund der Rechtsprechung des EuGH, des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesgerichtshofs – mittlerweile eine ganz deutliche Liberalisierungsbewegung auch in Deutschland erfolgt,

die sich in der Reform des UWG von 2004 kristallisiert hat und zu einer teilweise zunehmenden Konvergenz im Rahmen angemessen liberaler Maßstäbe führt.

Für den Teilbereich des Verbraucherschützenden Lauterkeitsrechts ist nunmehr die Unlautere Geschäftspraktiken-RL von 2005 prägend, die in Deutschland 2008 umgesetzt wurde. Die Richtlinie harmonisiert mit einer großen und zwei kleinen Generalklauseln (samt einem Anhang mit per se Verboten) den Bereich der irreführenden und aggressiven Geschäftspraktiken im Verhältnis von Unternehmen zu Verbrauchern abschließend. Damit bleiben aber einerseits wesentliche Teilbereiche des Lauterkeitsrechts nach deutschem Verständnis (so insbesondere der Rechtsbruchstatbestand und der ergänzende wettbewerbsrechtliche Leistungsschutz), die mehr die mitbewerber-schützenden Aspekte des Lauterkeitsrechts betreffen, unharmonisiert. Andererseits ist zu berücksichtigen, dass eine nennenswerte Harmonisierung der Sanktionen im Lauterkeitsrecht bisher nicht erfolgt ist. Dies schmälert den Harmonisierungseffekt der Richtlinie nicht unerheblich. Das deutsche Durchsetzungssystem, das mit seiner Klageberechtigung für Mitbewerber und Verbände letztlich insbesondere die Mitbewerber zu „Organen“ der lauterkeitsrechtlichen Rechtsdurchsetzung macht, ist in dieser Hinsicht durchaus eine „Erfolgsgeschichte“.

***PROF. DR. JOACHIM SCHINDLER***

*Freie Universität Berlin, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater bei KPMG*

***Aktuelle Überlegungen zu Fraud/Illegal Acts im Rahmen der  
Jahresabschlussprüfung unter besonderer Berücksichtigung der in der EU  
geltenden Prüfungsgrundsätze***

Nach den in den letzten Jahren bekannt gewordenen Bestechungsfällen (Siemens, MAN) und Kartellverstößen (ThyssenKrupp) ging es *Prof. Schindler*, Vorstandsmitglied der KPMG, in seinem Vortrag „Aktuelle Überlegungen zu Fraud/Illegal acts im Rahmen der Jahresabschlussprüfung“ um die Aufgaben des Abschlußprüfers in diesem Zusammenhang. Das Ergebnis seiner Überlegungen war deutlich: Der Abschlußprüfer hat nicht die Aufgabe, auf die Suche nach etwaigen Verstößen zu gehen – es sei denn, der

Aufsichtsrat habe ihn dazu besonders beauftragt. Stellt er solche Verstöße aber bei seiner Tätigkeit fest, muß er das in seinen Prüfungsbericht an den Aufsichtsrat aufnehmen und ggf. mündlich erläutern. Haben diese Verstöße Auswirkungen auf den Jahresabschluß und sind sie dort nicht berücksichtigt, muß er den Bestätigungsvermerk einschränken oder gar versagen.

Für die Aktionäre und die Öffentlichkeit, aber auch für den Aufsichtsrat ist mithin wichtig zu wissen, daß der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers keine Garantie dafür ist, daß keine Verstöße stattgefunden haben.

***PROF. DR. VERICA TRSTENJAK***

*Generalanwältin am Europäischen Gerichtshof*

***Europäisches Verbraucherschutzrecht***

Frau Professor Dr. Verica Trstenjak sprach über die Entwicklungen des Europäischen Verbraucherschutzrechts. Ihre Analyse der Rechtsprechung des EuGH zeigt, dass die Vorschriften des Unionsrechts im Hinblick auf über das Internet abgeschlossene Verträge eine Vielzahl von Auslegungsproblemen aufwerfen, die der EuGH und die nationalen Gerichte gemeinsam einer gerechten Lösung zuführen müssen. Auch wenn die jeweiligen Urteile die Rolle des EuGH bei der Suche nach einem solchen gerechten Ausgleich hervorheben, darf die Bedeutung der nationalen Gerichte beim Finden eines angemessenen Interessenausgleichs nicht unterschätzt werden.

## **II. Symposium zu den Rechtsfragen des Europäischen Finanzraumes**

Am 18. März 2011 fand im Stucksaal des Poppelsdorfer Schlosses ein Symposium statt, das aktuellen Fragen des Europäischen Finanzraums gewidmet war.

Der erste Teil des Symposiums war Fragen einer Insolvenzordnung für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union gewidmet. In seinem Vortrag "Ökonomische Aspekte einer Insolvenzordnung für die Mitgliedstaaten" begründete Prof. Dr. Jürgen von Hagen, Universität Bonn, aus ökonomischer Sicht die Notwendigkeit einer solchen Insolvenzordnung. während Priv.-Doz. Dr. Kai vonLewinski die "Aspekte einer Staateninsolvenz in der Europäischen Union" in rechtlicher Perspektive ausleuchtete.

Im zweiten Teil des Symposiums ging es um die neue europäische Aufsichtsarchitektur im Finanzbereich. Jan Ceysens, EU-Kommission, stellte die neuen Aufsichtsregelungen im einzelnen vor. Thomas Schmitz-Lippert, Abteilungsleiter bei der Bafin, sowie Arne Wittig, Chefjustitiar der Deutschen Bank, bewerteten die neuen Regelungen aus der Sicht der natuionalen Aufischt sowie der Bankpraxis.

### **III. Symposium zu den Grundfragen bei der Fortentwicklung der Europäischen Union**

Am 27. April 2012 veranstaltet das Zentrum für Europäisches Wirtschaftsrecht ein Symposium zu Grundfragen bei der Fortentwicklung der Europäischen Union. Das Symposium setzt die folgenden Themenschwerpunkte: "Das Zusammenspiel der europäischen Grundrechte: Allgemeine Rechtsgrundsätze, Grundrechte-Charta und die EMRK"; "Die Entwicklung des Sozialen Europas" und "Die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion". Als Referenten wirken u.a. mit: Judge Konrad Schiemann (EuGH), Prof. Dr. Manfred Neumann, Prof. Dr. Jürgen Stark, Prof. Dr. Daniel Thym, Prof. Dr. Grabenwarter (Wien) und Prof. Dr. Wyrzykowski (Warschau).

Es ergeht zu gegebener Zeit eine gesonderte Einladung.

### **IV. Ausblick auf die kommende Vortragsreihe des Wintersemester 2011 / 2012**

Auch für das kommende Wintersemester lässt unsere Vortragsreihe zu den Rechtsfragen der Europäischen Integration hochkarätige Themen und Referenten erwarten. Die Bandbreite reicht von einem Symposium zum Europäischen Binnenmarkt sowie der damit verbundenen, sozialen Dimension über die Fragestellung einer möglichen Steu-

erhoheit der Europäischen Union bis hin zu den Grenzen europäischer Rechtsfortbildung. Auch laden wir Sie dazu ein, sich gemeinsam mit uns den Fragen einer europäischen Corporate Governance oder auch den Entwicklungen des europäischen Verbraucherschutzes zu stellen. Weiterhin stehen Fragen der Zuständigkeit für Schadensersatzklagen bei Kartellverstößen in Europa auf der Agenda wie auch die Fortentwicklung des bereits im vergangenen Jahr begonnenen Diskussionsthemas um Google-book-search: Aus urheberrechtlicher Seite soll der Fokus auf Initiativen aus Deutschland und Europa zur Behandlung verwaister Werke bei der Digitalisierung im Internet gelegt werden. Eine weitere steuerrechtliche Dimension unserer Reihe bietet darüber hinaus ein Vortrag zu gemeinsamen konsolidierten Körperschaftssteuerbemessungsgrundlagen.

Es erfolgt hierzu eine gesonderte Einladung, die wir Ihnen auf dem Postweg übersenden. Sie können diese ebenfalls auf unserer Internet-Präsenz abrufen, auf der sich auch die Druckversionen der vergangenen Vorträge zum Download finden.

## **V. Workshop in Kooperation mit der Waseda-Universität, Tokyo**

Am 7. Dezember 2011 organisiert das Zentrum einen Workshop mit Kollegen der Waseda-University in Tokyo über gemeinsame Fragen des europäischen und internationalen Wirtschaftsrechts (des Wettbewerbsrechts und Welthandelsrechts, des Bank- und Währungsrechts, des Energierechts und des Agrarrechts). An diesem Workshop werden auch die Rektoren der Waseda-University und der Universität Bonn teilnehmen.

## **VI. Das akademische Jahr 2010/2011 in der Deutschen Rechtsschule Warschau**

Im Jahr 2010/2011 hat die Deutsche Rechtsschule in Warschau ihren einjährigen Kurs für deutsches und europäisches Recht zum fünfzehnten Mal organisiert. Im 15. Jahrgang haben an dem Kurs 33 Studierende teilgenommen. Sechs Studenten haben den Kurs mit Auszeichnung und zwölf mit gut abgeschlossen. Mindestens 3 Studenten haben danach ein Stipendium für ein LL.M.-Studium in Bonn erhalten.

Im September 2010 hat die DRS den Sommerkurs organisiert, den junge Wissenschaftler aus der Uni Bonn geleitet haben: Florian Huerkamp sowie Tobias Brenner. Die Grundlagen des deutschen öffentlichen und Privatrechts haben ca. 15 Kursteilnehmer kennengelernt.

Am 14. Oktober 2010 fand die feierliche Eröffnung des akademischen Jahres der DRS statt. Der Festredner war Prof. em. Dr. Dr. h.c. mult. Dieter Grimm, der den Festvortrag "Die Einheit der Rechtsordnung- noch ein erfüllbares Postulat?" gehalten hat. Einen Tag später, am 15. Oktober, fand dann das dritte Treffen der Absolventen der DRS statt, an dem ca. 50 Absolventen teilgenommen haben.

Eines der wichtigsten Ereignisse im Studienjahr 2010/2011 war die Konferenz am 2.06.2011 anlässlich des 80. Geburtstags von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Marcus Lutter, dem Gründer der DRS. Das Thema der Konferenz war „Aktuelle Tendenzen im deutschen und polnischen Konzern- und Gesellschaftsrecht“. Referenten waren: Prof. Dr. Barbara Grunewald, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Hommelhoff, Prof. Dr. Stanislaw Sołtysiński, Prof. Dr. Andrzej Szumański, Prof. Dr. Detlef Kleindiek, Prof. Dr. Adam Opalski, Prof. Dr. Aleksander Kappes sowie dr Krzysztof Oplustil. Die Ehrengleichheit über die

**Zentrums für Europäisches Wirtschaftsrecht  
der Universität Bonn**

CENTER FOR EUROPEAN ECONOMIC LAW, UNIVERSITY OF BONN

CENTRE DE DROIT ECONOMIQUE EUROPÉEN DE L'UNIVERSITÉ DE BONN

**Forschungsbericht der Mitglieder**

Leitung: Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Everling  
Prof. Dr. Meinhard Heinze †  
Prof. Dr. Matthias Herdegen  
Prof. Dr. Ulrich Huber  
Prof. Dr. Rainer Hüttemann, Dipl.-Volksw.  
Prof. Dr. Christian Koenig, LL.M.  
Prof. Dr. Matthias Leistner, LL.M.  
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Marcus Lutter (Sprecher)  
Prof. Dr. Wulf-Henning Roth, LL.M. (Gfd. Direktor)  
Prof. Dr. Dres. h.c. Karsten Schmidt  
Prof. Dr. Gregor Thüsing, LL.M.  
Prof. Dr. Gerhard Wagner, LL.M.  
Prof. Dr. Daniel Zimmer, LL.M.

**Prof. Dr. Dr. h.c.mult. Marcus Lutter**

Sprecher des Zentrums für Europäisches

Wirtschaftsrecht



## **I. Bücher und Monografien**

Herausgabe (zusammen mit Hommelhoff) und Mit-Bearbeitung des SE-Kommentars (Kommentar zur Europäischen Aktiengesellschaft, SE-VO, SEAG, SEBG, Steuerrecht), Köln 2008

Völlige Neubearbeitung (zusammen mit Bayer und Schmidt) der 5. Auflage des „Europäischen Unternehmensrechts“, Berlin 2011 (derzeit im Druck)

Ein Grünbuch der Kommission zur Corporate Governance, in KPMG, Audit Committee Quarterly II 72011, S. 10 ff.

**Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Everling**



### **I. Bücher und Monografien**

The European Union as a Federal Association of States and Citizens, in: Principles of European Constitutional Law, Edited by Armin von Bogdandy and Jürgen Bast, Revised second edition, Hart: Oxford, and Beck: München, 2010, S. 701-734.

Wirtschaftspolitik und Finanzhilfe in der Währungsunion der Europäischen Union, in: Peter-Christian Müller-Graff/ Stephanie Schmahl/ Vassilis Skouris (Hrsg.), Europäisches Recht zwischen Bewährung und Wandel, Festschrift für Dieter. H. Scheuing. Nomos: Baden-Baden 2011, S. 526-545.

### **II. Sonstige Veröffentlichungen**

Europas Zukunft unter der Kontrolle der nationalen Verfassungsgerichte - Anmerkungen zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2009 über den Vertrag von Lissabon; EuR 2010, S. 101-117.

Lissabonvertrag regelt Dauerstreit über Nichtigkeitsklage Privater, EuZW 2010, S. 572-576.

Griechenland darf geholfen werden. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Juli 2011, Nr. 161.

**Prof. Dr. Matthias Herdegen**

Institut für öffentliches Recht,

Abteilung Völkerrecht

Institut für Europarecht



## **I. Bücher und Monografien**

Europarecht (C.H. Beck, München Erstaufgabe 1997), 13. Aufl. (2011), XXV, 469 Seiten.

Internationales Wirtschaftsrecht (C.H. Beck, München Erstaufgabe 1993), 9. Aufl. 2011, XVII, 360 Seiten.

Bankenaufsicht im Europäischen Verbund/Banking Supervision within the European Union, Schriften zum Europäischen und Internationalen Privat-, Bank- und Wirtschaftsrecht, Bd. 37 (Berlin, De Gruyter 2010), 154 Seiten.

## **II. Sonstige Veröffentlichungen**

Was die EU-Verträge wirklich zum Bail-out sagen, Handelsblatt vom 17. März 2010, S. 7.

The concept of Sovereignty, in: Lubos Tichy/Tomas Dumbrovsky et al. (Hrsg.), Sovereignty and Integration, Charles University Prag, Prag, 2010, S. 26 – 31.

Gefesselter Gulliver in Europa? Zu den deutschen Möglichkeiten nach dem Urteil zum Vertrag von Lissabon, Die Politische Meinung 55 (2010), S. 53 – 58.

Das Grundgesetz und die Europäische Union, in: C. Hillgruber/C. Waldhoff, 60 Jahre Bonner Grundgesetz – eine geglückte Verfassung?, Bonn University Press 2010, S. 139 – 150.

Die Justiz- und Polizeizusammenarbeit nach dem Vertrag von Lissabon, in: S. Breitenmoser/S. Gless/O. Lagdony, Schengen und Dublin in der Praxis, Nomos 2010,

S. 43 – 54.

Kommentierung von Art. 88 GG, in: Maunz/Dürig, Kommentar zum Grundgesetz (60. Ergänzungslieferung, 2010).

Der Staatsbankrott: Probleme eines Insolvenzverfahrens und der Umschuldung bei Staatsanleihen, WM (Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht) 2011, S. 913-918.

Die rechtliche Dimension des Europäischen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen, in: Recht der Jugend und des Bildungswesens (RdJB) Heft 02/2011, S. 226 – 243.

International Economic Law, in: Max Planck Encyclopedia of Public International Law, 2011.

Nicht ohne das Parlament, Handelsblatt vom 12. September 2011, S. 12 – 13.

**Prof. Dr. Rainer Hüttemann**

Institut für Steuerrecht



## **I. Kommentierungen**

§§ 80 - 89 BGB (Stiftungen; juristische Personen des öffentlichen Rechts), in: J. v. Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, §§ 80 - 89 (Einzelband), Berlin 2011, 344 Seiten (zusammen mit Rawert, P.).

## **II. Herausgeberschaften**

Landesstiftungsrecht, Köln 2011, 1264 Seiten (zusammen mit Richter, A. und Weitemeyer, B.).

Festschrift für Wienand Meilicke, Baden-Baden 2010, 855 Seiten (zusammen mit Herlinghaus, A., Hirte, H., Heidel, Th.).

Gestaltungsfreiheit und Gestaltungsmissbrauch im Steuerrecht, Bd. 33 der Veröffentlichungen der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft, Köln 2010, 432 Seiten.

## **III. Aufsätze und Beiträge zu Sammelwerken**

Die Zukunft der Steuerbilanz, DStZ 2011, S. 507 - 513.

Dauernde und nachhaltige Erfüllung des Stiftungszwecks, in: Hüttemann u.a. (Hrsg.), Landesstiftungsrecht, 2011, S. 341 - 355.

- Vermögensverwaltung, Vermögenserhaltung und Vermögensumschichtung, in: Hüttemann u.a. (Hrsg.), Landesstiftungsrecht, 2011, S. 358 - 390.
- Ertragsverwendung und Rücklagenbildung, in: Hüttemann u.a. (Hrsg.), Landesstiftungsrecht, 2011, S. 435 - 448.
- Einkünfteermittlung bei Gesellschaften, in: Hey, J. (Hrsg.), Einkünfteermittlung, Bd. 34 der Veröffentlichungen der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft, Köln 2011, S. 291 - 319.
- Das Passivierungsverbot für Jubiläumsrückstellungen zwischen Folgerichtigkeitsgrundsatz und Willkürverbot, in: Mellinghoff, R. u.a. (Hrsg.), Festschrift für Wolfgang Spindler, Köln 2011, S. 627 - 639.
- Der BFH als Wettbewerbshüter - Neue Rechtsprechung zum steuerbegünstigten Zweckbetrieb, DB 2011, S. 319 - 325 (zusammen mit Schauhoff, S.).
- Duty of obedience - the German perspective, in: Hopt, K. u.a. (Hrsg.), Comparative Corporate Governance of Non-Profit Organizations, Cambridge 2010, S. 619 - 632.
- Haftung des Schenkers für anfängliche Leistungshindernisse?, in: Richardi, R. u.a. (Hrsg.), Festschrift für Eduard Picker, Tübingen 2010, S. 377 - 389.
- Europarechtliche Vorgaben der Umsatzsteuerbefreiung von Postdienstleistungen, in: Herlinghaus, A. u.a. (Hrsg.), Festschrift für Wienand Meilicke, Baden-Baden 2010, S. 251 - 270.
- Der Steuerstatus der politischen Parteien, in: Tipke, K. u.a. (Hrsg.), Festschrift für Joachim Lang, Köln 2010, S. 321 - 342.
- Der Stiftungszweck nach dem BGB, in: Martinek, M. u.a. (Hrsg.), Festschrift für Dieter Reuter, Berlin 2010, S. 121 - 140.
- Organschaft, in: Schön, W./Osterloh-Konrad, C. (Hrsg.), Kernfragen des Unternehmenssteuerrechts, Berlin u.a. 2010, S. 127 - 148.

Resümee, in: Hüttemann, R. (Hrsg.), Gestaltungsfreiheit und Gestaltungsmissbrauch im Steuerrecht, Bd. 33 der Veröffentlichungen der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft, Köln 2010, S. 391 - 404.

Steuerfragen bei kommunalen Beteiligungen, VBlBW 2010, S. 17 - 23.

Erwerb eigener Anteile im Bilanz- und Steuerrecht nach BilMoG, in: Kessler, W. u.a. (Hrsg.), Festschrift für Norbert Herzig, München 2010, S. 595 - 608.

Grenzüberschreitender Spendenabzug, IStR 2010, S. 118 - 124.

#### **IV. Kleinere Beiträge, Rezensionen, Anmerkungen**

Anmerkung zu EuGH, Urteil v. 16.6.2011 - C-10/10 Kommission/Österreich, EuZW 2011, 641 f.

Steuerprivileg für Stiftungsspenden, Stiftungswelt 2/2011, S. 72.

Anwendung des EuGH-Urteils Persche, Kurzkommentar zum BMF-Schreiben v. 6.4.2010, DB 2010, M 20 f.

**Prof. Dr. Christian Koenig, LL.M.**

Zentrum für Europäische

Integrationsforschung



## **I. Bücher und Monografien**

Koenig / Schreiber / Dennis, European Competition Law in a Nutshell: A Concise Guide, Lexxion Verlag, Berlin 2011, 233 Seiten, ISBN 978-3-86965-158-3 16.

Koenig / Schreiber, Europäisches Wettbewerbsrecht, Tübingen 2010, Mohr Siebeck Verlag, 312 Seiten, ISBN 978-3-8252-3452-2 15.

Haratsch / Koenig / Pechstein, Europarecht, 7., völlig neubearbeitete Auflage, Tübingen 2010, Mohr Siebeck Verlag, 733 Seiten, ISBN 978-3-16-150322-1.

## **II. Buchbesprechungen**

Koenig, Christian, "Bartosch, Andreas: EU-Beihilfenrecht-Kommentar, München 2009", WuW 4/2010, Seite 411.

## **III. Aufsätze und Fallbearbeitungen**

Koenig, Christian / Hellstern, Mara: Der EU-beihilferechtliche Effektivitätsgrundsatz im nationalen Prozessrecht, EuZW 18/2011, S. 702-707

Koenig, Christian: "Better Downstream Regulation through a more refined State Aid Law Approach!", EStAL 3/2011, Editorial.

Gesterkamp, Stefan / Hellstern, Mara / Koenig, Christian: "Wettbewerberschutz gegen Quersubventionen im Rahmen von Rekommunalisierungsstrategien am Beispiel des Abfallrechts", WRP 8/2011, Seiten 1047-1051.

Koenig, Christian / Bovelet, Caroline: "Sportwetten und Online Glücksspiel nach dem Entwurf des Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrags (GlüÄndStV-E) in der Fassung vom 14. April 2011 auf dem EU-rechtlichen Prüfstand", ZfWG 4/2011, Seiten 236-242.

Koenig, Christian / Visbeck, Eveline: "Verursachungsgerechte Kostenverteilung der keineswegs neutralen "Google-Effekte"", MMR 76/2011, Seiten 443-447

Koenig, Christian / Hellstern, Mara: "Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche nach dem UWG gegen Empfänger EU-rechtswidriger Beihilfen", EWS 6/2011, Seiten 216-220.

Koenig, Christian: "Das Vertragsverletzungsurteil in der Rechtssache C-271/08 zu tarifvertraglich koordinierten Dienstleistungen...", EWS 5/2011, Erste Seite.

Koenig, Christian / Busch, Martin: "Quersubventionierung im kommunalen Konzern - EU-beihilfenrechtliche Grenzen", Gewerbearchiv 5/11, Seiten 181-186.

Koenig, Christian / Hellstern, Mara: "EU-beihilferechtskonforme Gestaltung von Vergleichsverträgen mit der öffentlichen Hand", RIW 5/2011, Seiten 286-290.

Koenig, Christian / Bache, Volker: "Zur Anwendbarkeit der vermittlerbezogenen Vorschriften und Auflagen gemäß dem deutschen Glücksspielrecht im Lichte der Urteile des Europäischen Gerichtshofs vom 8. September 2010", ZfWG 1/2011, Seiten 7-13.

Koenig, Christian / Hasenkamp, Christopher / Kolbe, Nils H.: "Die Postrechtsnovelle - dieses Mal aber richtig!", N&R 1/2011, Seiten 20-26.

Koenig, Christian / Paul, Julia: "Neue Entwicklungen zum Beihilfenbegriff - Teil 2", Zeitschrift für Beihilfenrecht BRZ, Dezember 2010, Nr. 4, Seiten 185-244.

Koenig, Christian / Hellstern, Mara: "Der angemessene Eigenkapitalbeitrag eines Infrastrukturunternehmens als EU-beihilfenrechtliches Sicherheitsnetz gegen Projektversagen", IR 12/2010, Seiten 345-347.

Koenig, Christian: "Vorabentscheidungswirkungen erga omnes - die Glücksspielurteile des EuGH als Lehrbuchbeispiele!", EWS 11/2010, Seiten 449-454.

Koenig, Christian: "Offline mit dem Onlineverbot nach den Glücksspiel-Urteilen des EuGH!", MMR 10/2010, Editorial, Seite 657.

Koenig, Christian / Hasenkamp, Christopher / Bache, Volker: "Das "Delivery-by-Call"-Modell als Katalysator für die Verbreitung von Smart Metering", et Energiewirtschaftliche Tagesfragen 10/2010, Seiten 44-47.

Koenig, Christian / Paul, Julia: "Neue Entwicklungen zum Beihilfenbegriff - Teil 1", Zeitschrift für Beihilfenrecht BRZ, September 2010 Nr. 3, Seiten 131-137.

Koenig, Christian / Bache, Volker / Capito, Ralf / Hasenkamp, Christopher: "DC for AC" ... No Hard-Rock Band, but a New and Unregulated Business Model for Electricity Markets", Competition and Regulation in Network Industries CRNI 11/3 2010.

Koenig, Christian: "Der Eigenkapitalbeitrag als Lackmustest für MEIP!" EWS 8/2010, Erste Seite 345. Koenig, Christian / Busch, Martin: "Zur Umsetzung der unionsrechtlich kodifizierten Investitionsanreize nach dem TK-Review im deutschen Telekommunikationsrecht", Computer und Recht 6/2010, Seiten 357 ff.

Koenig, Christian / Schreiber, Kristina: "Durchsetzung der wettbewerblichen Missbrauchsverbote in der GKV - Status quo und verfassungsrechtliche Anforderungen", SGb 06/2010, Seiten 317 - 323.

Koenig, Christian / Paul, Julia : "State Aid Screening of Hospital Funding Exemplified by the German Case", EStAL 4/2010, Seiten 755-770.

Koenig, Christian: "Verstöße gegen das unionsrechtliche Ausschreibungsgebot bei der Verleihung von Ausschließlichkeitsrechten", EWS 4/2010, Erste Seite.

Koenig, Christian / Schreiber, Kristina: "Das undenkbbare Denken: Nur ein staatlich unabhängig regulierter Selektivvertragswettbewerb zieht die GKV aus dem Sumpf des Korporatismus!", GesR, 3/10, Seiten 127-130.

**Prof. Dr. Mathias Leistner, LL.M.**

Institut für Handels- und Wirtschaftsrecht



## **I. Monografien**

Intellectual Property Overlaps: A European Perspective (rechtsvergleichende Studie zum europäischen, deutschen, englischen und französischen Recht zusammen mit *Estelle Derclaye*), 345 Seiten, Hart Publishing, Mai 2011.

## **II. Herausgegebene Werke**

Herausgeber der zweisprachigen Archivzeitschrift für Geistiges Eigentum/Intellectual Property Journal (ZGE/IPJ), die vierteljährlich im Mohr Siebeck Verlag erscheint (zusammen mit *Maximilian Haedicke, Diethelm Klippel* und *Ansgar Ohly*).

Europäische Perspektiven des Geistigen Eigentums, Beiträge zum Symposium des Zentrums für Europäisches Wirtschaftsrecht der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und des Law & Technology Exzellenzprojekts der RWTH Aachen, Mohr Siebeck 2010.

Festschrift für Michael Loschelder zum 65. Geburtstag (zusammen mit Erdmann/Rüffer/Schulte-Beckhausen), Otto-Schmidt-Verlag Köln 2010, 450 Seiten.

## **III. Aufsätze**

Störerhaftung und mittelbare Schutzrechtsverletzung, GRUR-Beilage zu Heft 1/2010, 32 Seiten.

著作権における経済学的調査の寄与：現状の調査と学際的な理論の描写, Intellectual Property Law and Policy Journal 29, 1-68 (2010).

Leistner/Kleinemenke, The Impact of Institutional Design on the Development of Patent, Law - Patentability of Computer Programs and Business Methods in Europe and the United States of America as a Topical Example, ZGE 3 (2010), 273-313.

Activities and perspectives at the policy level, Authors' Rights in the Digital World, Proceedings of the 5th European Conference of the European Writers' Council EWC, Brussels 2010.

Gebrauchsoftware auf dem Weg nach Luxemburg. Der Vorlagebeschluss des BGH in Sachen *Oracle v. UsedSoft*, CR 4/2011, 209-215.

The German Federal Supreme Court's Judgment on Google's Image Search – A Topical Example of the “Limitations” of the European Approach to Exceptions and Limitations, IIC 4/2011, 417-442.

Von Joseph Beuys, Marcel Duchamp und der dokumentarischen Fotografie von Kunstaktionen. Überlegungen aus Anlass des Urteils des LG Düsseldorf vom 29. September 2010 in Sachen VG Bild-Kunst v. Stiftung Museum Schloss Moyland, ZUM 2011, 468.

Leistner/Kleinemenke, 特許法の発展に対する制度設計の影響—欧州及び米国におけるコンピュータ・プログラムとビジネス方法の特許可能性を例として— (Übersetzung: Prof. Masabumi Suzuki), Intellectual Property Law and Policy Journal 34, 119-145 (2011).

“Used” Software Before Europe's Top Court – The German Federal Supreme Court Refers the *Oracle v. UsedSoft* Case to the European Court of Justice, IIC 5/2011, 503-506.

*Zur Veröffentlichung vorgesehen:*

Current Trends and the Future of Copyright in Europe and Germany, Vortrag auf dem internationalen Symposium Current Trends and the Future of Copyright am 11. September 2009 an der Chosun University, Südkorea, ca. 25 Seiten (erscheint in Chosun Law Journal 2011).

Verfassungsrechtliche Erbrechtsgarantie und *ordre public*-Vorbehalt: Neue internationalprivatrechtliche Perspektiven aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum grundrechtlichen Schutz des Pflichtteilsrechts.

#### **IV. Beiträge in herausgegebenen Werken**

Wettbewerb, Wirtschaftsverfassung und Wettbewerbsordnung, in: Gloy/Loschelder/Erdmann (Hrsg.), Handbuch des Wettbewerbsrechts, C.H. Beck München 2010, S. 27-53.

Einfluss des Grundgesetzes, in: Gloy/Loschelder/Erdmann (Hrsg.), Handbuch des Wettbewerbsrechts, C.H. Beck München 2010, S. 192-238.

Die „angemessene Beteiligung“ des Urhebers nach § 32 UrhG aus verhaltensökonomischer Sicht, in: Riesenhuber/Klöhn (Hrsg.), Das Urhebervertragsrecht im Lichte der Verhaltensökonomik, De Gruyter Recht Berlin 2010, S. 119-151.

Der urheberrechtliche Schutz der Sendefolge – ein Plädoyer für methodische Ehrlichkeit, in: Erdmann/Leistner/Rüffer/Schulte-Beckhausen (Hrsg.), Festschrift für Michael Loschelder, Otto-Schmidt-Verlag Köln 2010, S. 189-201.

The Legacy of International News Service v Associated Press (USA), in: Heath/Kamperman Sanders (eds), Landmark Intellectual Property Cases and Their Legacy, Kluwer Law International 2011 S. 33-49.

Leistner/Kleinemenke, Centralized Patent Enforcement: Experiences and Problems with the US-System, in: Hilty/Liu (Hrsg.), The Enforcement of Patents: Comparing Asian, European and American Experiences. (*Im Erscheinen*)

#### **V. Entscheidungsanmerkungen, Stellungnahmen und Berichte**

Activities and perspectives at the policy level, in: Authors' Rights in the Digital World, Proceedings of the 5th European Conference of the European Writers' Council EWC, 63-72, Brussels 2010.

#### **VI. Buchbesprechungen**

*Schricker, Gerhard/Loewenheim, Ulrich (Hrsg.): Urheberrecht Kommentar, 4. neu bearbeitete Auflage, GRUR 2010, 987 ff.*

*Kreuzer, Till : Das Modell des deutschen Urheberrechts und Regelungsalternativen. Konzeptionelle Überlegungen zu Werkbegriff, Zuordnung, Umfang und Dauer des Urheberrechts als Reaktion auf den urheberrechtlichen Funktionswandel (in englischer Sprache), 2 JIPITEC 160-164 (2011).*

**Prof. Dr. Wulf-Henning Roth, LL.M.**

Institut für Internationales Privatrecht und  
Rechtsvergleichung



## **I. Vorträge**

Oktober 2010: The Abuse of Dominant Positions in European Competition Law: The Case of Rebates, Waseda Universität, Tokio, Colloquium on Japanese-German Legal Issues.

April 2010: Der Vorschlag einer Verordnung zur Regelung des internationalen Erbrechts, Symposium des Rheinischen Instituts für Notarrecht an der Universität Bonn zum Thema „Europäische Testamentsformen“.

Juni 2010: Europäische Verfassung und europäische Methodenlehre, Max-Planck-Institut Hamburg.

Juni 2010: Sozialversicherung und europäisches Vergaberecht, Sozialversicherungsrechtliches Symposium an der Universität Bonn.

Juni 2010: Die Einwirkung des Unionsrechts auf das deutsche Privatrecht, Deutsche Richterakademie Trier.

Juni 2010: Die Einwirkung des europäischen Wirtschaftsrechts auf das deutsche Wirtschaftsrecht, Deutsche Richterakademie Trier.

September 2010: Entflechtung und Grenzen des Unionsrechts, Bundeskartellamt, Professorentagung.

Oktober 2010: Europäische Kollisionsrechtsvereinheitlichung – Bestandsaufnahme und Entwicklungen, Europarechtstage an der Universität Würzburg.

November 2010: The Importance of the Instruments Provided for in the Treaties for Developing an European Legal Method, Symposium "European Legal Method", Copenhagen Business School.

Mai 2011: Private Enforcement of Competition Law: Current Issues – Germany, Symposium on Trends and Developments in Global Competition Law, Crowell & Moring, Queen Mary, Brüssel.

## **II. Veröffentlichungen**

Nichtigkeit von Gesellschaftsverträgen bei Verstoß gegen das europäische Kartellrecht, in: FS Hopt (2010), S. 2881.

Handelsvertretervertrag und Rom I-Verordnung – Eine Skizze, in: FS Spellenberg (2010) 309 ff.

The Importance of the Instruments Provided for in the Treaties for Developing a European Legal Method, in: Neegaard/Nielsen/Roseberry (eds.), European Legal Method (2011), S. 75 ff.

Case Note, Case 137/08, VB Penzügy, European Review of Contract Law 7 (2011), 425 ff.

Case Comment, Case C-205/07, Gysbrechts, Common Market Law Review 47 (2010) 509.

Die richtlinienkonforme Auslegung, in: Riesenhuber (Hrsg.), Europäische Methodenlehre, 2. Aufl. 2010, S. 393 ff.

Der Vorschlag einer Verordnung zur Regelung des internationalen Erbrechts, in: Schmoeckel/Otte (Hrsg.), Europäische Testamentsformen (2011), S. 13 ff.

Entflechtung marktbeherrschender Unternehmen und Schranken des Unionsrechts – Eine Skizze, in: FS Möschel (2011), S. 503 ff.

Europäische Kollisionsrechtsvereinheitlichung, EWS 2011, 314 ff.

### **III. Herausgeberschaften**

Editor, Common Law Review.

### **IV. Betreute Dissertationen**

Dohrn, Die Bindungswirkung kartellrechtlicher Entscheidungen der Kommission sowie deutscher und mitgliedstaatlicher Kartellbehörden und Gerichte im deutschen Zivilprozess, FIW-Schriftenreihe 232, 2010.

Lamsa, Die Firma der Auslandsgesellschaft, Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht 257, 2011-09-30.

Lagemann, Der Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung auf Drittmärkten (erscheint demnächst).

**Prof. Dr. Gregor Thüsing, LL.M.**

Institut für Arbeitsrecht und Recht der  
sozialen Sicherung



## **I. Aufsätze und andere Beiträge**

Kündigung und Kündigungsschutz von Arbeitnehmervertretern in der SE, FS Reuter, 2010, S. 851-865 (mit Dr. Gerrit Forst).

„Zur Unanwendbarkeit nationalen Rechts bei Verstoß gegen den europarechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz“, ZIP 2010, 199-202.

„Blick in das europäische und ausländische Arbeitsrecht“, RdA 2010, 187-190.

„Der EuGH als gesetzlicher Richter i.S. von Art. 101 I 2 GG“, NZA 2010, 930-933 (mit Stephan Pötters und Johannes Traut).

Rechtswahlklauseln nach Inkrafttreten der Rom I-VO, ZGS 2010, 346-348 (gemeinsam mit Julia Kroh).

„Europäisches Vergaberecht und nationales Sozialversicherungsrecht“ (mit Dr. Gerrit Forst), Berlin 2011, ISBN 978-3-428-13450-2.

Kommentierung des MgVG (mit Dr. Gerrit Forst), in: Habersack/Drinhausen, SE-Kommentar.

„Die soziale Fortschrittsklausel - Verfassungsslyrik oder rechtspolitische Notwendigkeit?, Eine Betrachtung mit Blick auf die Auswirkungen für Flächentarifverträge und Arbeitskampf in Europa“, NZA Beilage 2011, Nr. 2, S. 69-73 (gemeinsam mit Johannes Traut).

„Zur Koalitionsfreiheit im Unionsrecht“, demnächst RdA (gemeinsam mit Johannes Traut).

## **II. Anmerkungen zu EuGH-Vorlagen in der ZESAR**

ZESAR 2010, 27-28 zu C-236/09.

ZESAR 2010, 69-70 zu C-386/09.

ZESAR 2010, 120-122 zu diversen Vorlagen.

ZESAR 2010, 178-179 zu C-3/10.

ZESAR 2010, 234-235 zu C-463/09.

ZESAR 2010, 285-287 zu C-86/10.

ZESAR 2010, 333-335 (gemeinsam mit Jan Thieken).

ZESAR 2010, 373-375 zu C-258/10.

ZESAR 2010, 417-421 zu AZR 148/09 und 8 AZR 287/08.

ZESAR 2010, 476-479 zu C-214/10 (mit Tom Stiebert).

ZESAR 2011, 24-27 zu C-337/10 (mit Tom Stiebert).

ZESAR 2011, 70-73 zu 7 AZR 443/09 (A).

ZESAR 2011, 124-126 zu C-517/10 (mit Tom Stiebert).

ZESAR 2011, 170-172 zu C-310/10 (mit Tom Stiebert).

ZESAR 2011, 221-227 zu C-571/10 (mit Tom Stiebert).

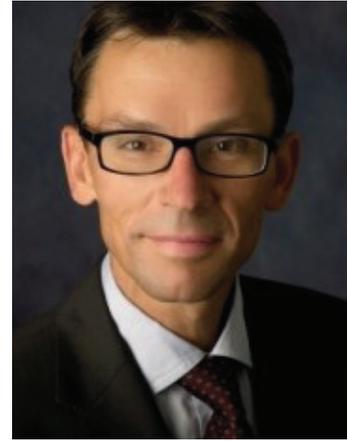
ZESAR 2011, 279-282 zu C-78/11 (mit Tom Stiebert).

ZESAR 2011, 328-330 zu C-152/11 (mit Tom Stiebert).

**Prof. Dr. Gerhard Wagner, LL.M.**

Institut für deutsches und internationales

Zivilprozessrecht und Konfliktmanagement



## **I. Bücher und Monografien**

Employers' Liability and Workers' Compensation (Hrsg., zusammen mit Ken Oliphant), Springer Verlag, Wien/New York 2011 (im Erscheinen) darin: Wagner, New Perspectives on Employers' Liability – Basic Policy Options.

Revision des Verbraucher-acquis (zusammen mit Horst Eidenmüller, Florian Faust, Hans Christoph Grigoleit, Nils Jansen und Reinhard Zimmermann), Mohr Siebeck Verlag, Tübingen 2011 darin: Wagner, Zwingendes Vertragsrecht, S. 1 - 52.

Deliktsrecht (zusammen mit Hein Kötz) 11. Aufl., Verlag Franz Vahlen, München 2010 .

**Prof. Dr. Daniel Zimmer, LL.M.**

Direktor des

Institutes für Handels- und Wirtschaftsrecht



## **I. Bücher und Monografien**

Gutachten G zum 68. Deutschen Juristentag: Welche Regelungen empfehlen sich für den Deutschen Finanzsektor ?, Berlin 2010, Verlag C. H. Beck, G 9-97.

Beitrag der Verhaltensökonomie (Behavioral Economics) zum Handels- und Wirtschaftsrecht (herausgegeben von Holger Fleischer und Daniel Zimmer); darin: Verhaltensökonomie als Forschungsinstrument für das Wirtschaftsrecht (gemeinsam mit Holger Fleischer und Klaus Ulrich Schmolke), Verlag Recht und Wirtschaft, Frankfurt a.M. 2011.

## **II. Aufsätze und Beiträge in Büchern**

Insiderverzeichnisse, in: Festschrift für Uwe Hüffer zum 70. Geburtstag (Hrsg. Peter Kindler, Jens Koch, Peter Ulmer, Martin Winter †), Verlag C. H. Beck, München 2010, 1153-1165.

Die Banken-Beihilfenkontrolle der Europäischen Kommission: Wettbewerbsschutz oder Marktdesign? (Daniel Zimmer und Martin Blaschczok) in: Wirtschaft und Wettbewerb (WuW), 2010, 142-157.

Die Regulierung von Leerverkäufen de lege lata und de lege ferenda (Daniel Zimmer und Thomas Beisken) Wertpapier-Mitteilungen (WM) 2010, 485-491.

Entflechtung, Fusionskontrolle oder Sonderregulierung für systemrelevante Banken? Ansätze zur Lösung des "Too-big-to-fail"-Problems, (Daniel Zimmer und Lukas Rengier), Zeitschrift für Wettbewerbsrecht (ZWeR), 8 (2010), 105-138.

Corporate Law Competition in Europe, in: The Journal of Interdisciplinary Economics

(JIE), Vol. 22 (2010), 29–43.

Finanzmarktregulierung - Welche Regelungen empfehlen sich für den deutschen und europäischen Finanzsektor? in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW), Beilage 3/2010, Heft 22 (2010), 101-105.

Die Bank in Krise und Insolvenz: Ansätze zur Minderung des systemischen Risikos (Daniel Zimmer und Florian Fuchs) in: Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht (ZGR) 2010, 597-661.

The role of competition in European state aid control during the financial markets crisis (Daniel Zimmer und Martin Blaschczok), European Competition Law Review (E.C.L.R.) 2011, 9-16.

Rechtliche Rahmenbedingungen für einen Ausstieg des Bundes aus krisenbedingten Bankenbeteiligungen (Daniel Zimmer und Eckart Bueren) in: Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht (NZG) 2011, 405-411.

Herausforderungen für den Rechtsschutz der Union: Fortentwicklung der Wettbewerbsaufsicht, in: Herausforderungen für den Rechtsschutz der Union: Fortentwicklung der Unionsgerichtsbarkeit, des Grundrechtsschutzes und der Wettbewerbsaufsicht", Tagungsband zum 4. Luxemburger Expertenforum zur Entwicklung des Unionsrechts am 6. und 7. September 2010, S. 79-89.

Protection of Competition v. Maximizing (Consumer) Welfare, in: J. Basedow, W. Wurmnest (Hrsg.), Structure and Effect in EU Competition Law (Studies on Exclusionary Conduct and State Aid), Wolters Kluwer 2011, 23-39.

### **III. Kleinere Beiträge / Shorter Contributions**

Banken-Beihilfen: Für wettbewerbliche Lösungen in: Wirtschaftsdienst (Zeitschrift für Wirtschaftspolitik), Verlag Springer, Berlin und Heidelberg, 2010, 140.

Finanzmarktregulierung - Welche Regelungen empfehlen sich für den deutschen und europäischen Finanzsektor? in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW), Beilage 3/2010, Heft 22 (2010), 101-105.

Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivatgeschäfte: Gesetzliches Verbot ungedeckter Leerverkäufe, Betriebs Berater (BB) 2010, Heft 30, I.

Was das Gesetz zur Rettung der Banken taugt in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 10.09.2010, 12.

Risiken und Nebenwirkungen bei Bankrestrukturierungen in Börsen-Zeitung, 17.9.2010, Rubrik Ansichtssache.

The Merger Between Oracle and Sun: European Commission in Line with DoJ, in: Journal of European Competition Law & Practice (JECLAP), vol. 1 (4) (2010), 315-317.

Consumer welfare, economic freedom and the moral quality of competition law - comments on Gregory Werden and Victor Vanberg, in: J. Drexler, W. Kerber, R. Podszun (Hrsg.), Competition Policy and the Economic Approach - Foundations and Limitations, Edward Elgar Publishing Ltd., Cheltenham (UK)/Northampton, MA (USA) 2011, 72-78.

8. GWB-Novelle - die Chance zur Modernisierung der deutschen Fusionskontrolle (Daniel Zimmer und Ulrich Schwalbe), Betriebs-Berater (BB) 2011, Heft 32, I.

#### **IV. Buchbesprechungen**

Kartellgesetz, Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, Kommentar. Von Rainer Bechtold und Olaf Otting, Verlag C. H. Beck, München 2008, besprochen in: Wertpapier-Mitteilungen (WM) 2010, 96.

Die verfahrensrechtliche Behandlung der Entflechtungsverfügung in der deutschen Fusionskontrolle. Von Jürgen Kühnen, Verlag Carl Heymanns, Köln 2008, besprochen in: Wettbewerb in Recht und Praxis (2010), 1065-1066.